



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 8. November 2018

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Christa Gabriel (SPD)
Anwesende Stadtverordnete:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Es fehlten:	siehe Anlage 3
Beginn (öffentlicher Teil): 16:15 Uhr	Ende: 23:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen der Drucksachenlisten (DL Nrn. 34/18, 38/18 + NÖ, 39/18, 40/18 + NÖ, 41/18 + NÖ, 42/18, 43/18 + NÖ, 45/18 + NÖ, 46/18, 47/18 NÖ, 48/18 + NÖ).

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Stadtverordnetenvorsteherin Gabriel bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Am 27. Oktober 2018 verstarb Günter Retzlaff, der von 1964 bis 1977 und von 1981 bis 2001 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung war und diese in den Jahren 1974 bis 1977 und 1985 bis 2001 als Stadtverordnetenvorsteher leitete.

Von 1977 bis 1981 und von 2001 bis 2006 wirkte er als ehrenamtliches Magistratsmitglied.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Sie begrüßt nach der Gedenkminute Stv. Dr. Michna als Nachrücker von Herrn Spallek,

Es fehlten:

Stv. Bachmann	Stv. Joachim Schulz
Stv. Bachofen	Stv. Peter Schulz
Stv- Brüder	Stv. Wagner
Stv. Knauer	Stv. Wallmann
Stv. Dr. Schmitz	

Stv. Forßbohm anwesend in der Zeit von 18.30 Uhr bis 21.40 Uhr abwesend.
Stv. Ruf anwesend ab 18.45 Uhr.

öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0395 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Umsetzung

Punkt 7 der TO II	Schulbauliste 2018
Punkt 49 der TO II	DIGI-V - Finanzierung
auf Antrag L&P	

2. Überweisung

Punkt 14 der TO I (Förderung Ausbildung Hebammen) wird auf Antrag der SPD wegen weiterem Beratungsbedarf zur endgültigen Beschlussfassung an den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen (bei Enth. AfD).

3. Anträge/Neufassungen/Änderungsanträge

<u>CDU</u>	zu Punkt 4	der TO I	Platz der Deutschen Einheit
<u>FDP</u>	zu Punkt 4	der TO I	Platz der Deutschen Einheit
<u>L&P</u>	zu Punkt 4	der TO I	Platz der Deutschen Einheit
<u>SPD, CDU, Grüne, FDP</u>	zu Punkt 5 + 7	der TO I	Mobilitätsleitbild
<u>FDP</u>	zu Punkt 6	der TO I	Jobticket
<u>LKR/ULW</u>	zu Punkt 6	der TO I	Jobticket
<u>SPD, CDU, Grüne, FDP</u>	zu Punkt 8	der TO I	Einrichtung Meldestelle
<u>SPD</u>	zu Punkt 10	der TO I	E-Mobilität

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN

4. Protokollerklärungen

der Fraktion L&P zu

Punkt	27	der TO II	Anbau Kinderkrippe Münchener Straße
Punkt	1	der TO IV	Beschlüsse Aufsichtsrat WJW
Punkt	7	der TO IV	Verkauf Gewerbegrundstück

der Fraktion LKR/ULW zu

Punkt	5	der TO II	Barrierefreiheit
Punkt	7	der TO II	Schulbauliste (umgesetzt auf TO I)
Punkt	16	der TO II	Kulturentwicklungsplan
Punkt	29	der TO II	Sportveranstaltungen besonderer Bedeutung
Punkte	32 - 44	der TO II	Benutzerfreundlicher Ausbau Haltestellen
Punkt	46	der TO II	Wilhelm-Dietz-Straße
Punkt	48	der TO II	Steinberger Straße
Punkt	49	der TO II	DIGI-V-Finanzierung (umgesetzt auf TO I)
Punkt	50	der TO II	Kulturpark
Punkt	53	der TO II	Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen
Punkt	55	der TO II	Halle 3 Freizeitbad Mainzer Straße
Punkt	6	der TO III	Einrichtung Klimaschutzbeirat

5. Abstimmungsverhalten zu Tagesordnung II

Das Abstimmungsverhalten der FDP, der L&P, der FW/BLW und der LKR/ULW wird datentechnisch übernommen.

6. Vertagung aus Zeitgründen

Punkt 9 der TO I Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten (18-F-50-0001) auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018

Einstimmig

0477 18-V-53-0002

Förderung der Ausbildung zur Hebamme und Entbindungspfleger

Stv. Hebenstreit beantragt, die Sitzungsvorlage wegen Beratungsbedarf der SPD-Fraktion an den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung zur weiteren Beratung und endgültigen Entscheidung zu überweisen.

Dieser Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Enth. AfD angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0478 **Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2018**

Einstimmig

0479 **Mitteilungen**

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

0480 **16-F-99-0001**

Fragestunde

1. Die Fragen Nr. 173, 124, 143, 147, 163, 149, 157 und 151 bis 153 haben durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache einschließlich der gestellten Zusatzfragen ihre Erledigung gefunden.
2. Die Fragen Nr. 154 bis 156, 150, 158, 159, 136, 161, 139, 148, 125, 165 bis 172 und 140 kommen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018 zum Aufruf.

0481 **18-F-01-0009**

Platz der Deutschen Einheit endlich vollenden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2018 -

Stv. Breuer begründet den Antrag der SPD und beantragt die getrennte Abstimmung des Antrages der FDP und des Änderungsantrages von L&P.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird von Seiten der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen. Punkt 7 des Antrages wird in den neugefassten Antrag der FDP (18-F-05-0047) aufgenommen.

0482 **18-F-02-0018**

Platz der Deutschen Einheit endlich vollenden
- Antrag der CDU vom 08.11.2018 -

Stv. Hasemann-Trutzel begründet den Antrag der CDU und weist auf die beantragte abschnittsweise Abstimmung hin.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird von Seiten der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen. Die 5 Punkte des Antrages werden als Prüfauftrag an den Magistrat in den neugefassten Antrag der FDP (18-F-05-0047) aufgenommen.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Hasemann-Trutzel gibt zu Protokoll:

Ein Handlungsauftrag wäre seiner Fraktion lieber gewesen. Aber ein Prüfauftrag ist besser als nichts.

0483 18-F-05-0047

Platz der Deutschen Einheit endlich vollenden
- Antrag der FDP vom 06.11.2018 -

Stv. Diers begründet den Antrag und fasst wie folgt zusammen:

- Punkt 7 des SPD-Antrages (18-F-01-0009) wird in den Antrag übernommen.
- Die Punkte 1 - 5 des CDU-Antrages (18-F-02-0018) werden in den Antrag als Prüfauftrag an den Magistrat übernommen.
- Teile des Änderungsantrages von L&P (aufsuchende Sozialarbeit und kostenlose öffentliche Toiletten am Platz der deutschen Einheit) werden übernommen.
- Im letzten Satz von Punkt 3 des FDP-Antrages soll das Wort "Qualität" durch "Intensität" ersetzt werden.
- Nr. 3 Satz 2 1.Halbsatz soll auf Antrag von Stv. Bohrer gestrichen werden.

Die Übernahme von Punkt 7 des Antrages der SPD und die Übernahme der 5 Punkte der CDU als Prüfauftrag wird nicht gesondert abgestimmt. Ebenso entfällt die Abstimmung über die Aufnahme der aufsuchenden Sozialarbeit und den Wunsch nach Einrichtung von öffentlichen Toiletten, sowie die Übernahme des Begriffes „Intensität“

Abgestimmt wird über die Streichung von Nr. 3 Satz 2 Halbsatz 1 des FDP-Antrages Die Punkte.
Die Streichung des Halbsatzes wird gegen die Stimmen von L&P bei Enth. von LKR/ULW abgelehnt.

Des Weiteren wird über Punkt 4 des Antrages der FDP abgestimmt. Punkt 4 wird gegen die Stimmen von FDP, L&P bei Enth. der AfD, LKR/ULW und Stv. Forßbohm abgelehnt und gestrichen.

Der Antrag der FDP-Fraktion

wird unter Einbeziehung von

- Punkt 7 aus dem Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema (18-F-01-0009),
- der Punkte 1 bis 5 aus dem Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema (18-F-02-0018) als Prüfauftrag,
- von Teilen des Änderungsantrages von Linke&Piraten und
- weiterer Änderungen

wie folgt abgestimmt:

bei Enth. L&P angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Punkte 5 und 7 der TO I werden gemeinsam aufgerufen. Die beiden ursprünglichen Anträge werden durch einen neu gefassten Antrag der beteiligten Fraktionen und der SPD ersetzt.

0484 18-F-29-0007

Der Verantwortung bewusst - ein umfassendes Mobilitätsleitbild umsetzen
- Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018 -

Neugefasster Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP liegt vor.

0485 18-F-05-0046

Alternativen zur Citybahn ergebnisoffen prüfen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 31.10.2018 -

Neugefasster Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP liegt vor.

0486 18-F-24-0002 (Neufassung s. o.)

Der Verantwortung bewusst - ein umfassendes Mobilitätsleitbild entwickeln und umsetzen
- Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP vom 08.11.2018 -

Stv. Bohrer beantragt die getrennte Abstimmung des Antrages:

getrennte Abstimmung:

1.a i + ii einstimmig angenommen
Rest bei Enth. L&P angenommen

0487 18-F-05-0048

Jobticket in Wiesbaden optimieren - Attraktivität steigern und umweltfreundliche Mobilität fördern
- Antrag der FDP vom 06.11.2018 -

Stv. Rutten begründet den Antrag.

Stv. Diers beantragt die getrennte Abstimmung des Antrages.

Stv. Bohrer beantragt, Punkt 2 an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zu überweisen.

Der Antrag wird getrennt wie folgt abgestimmt:

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1 gegen FDP + LKR/ULW abgelehnt

Ziffer 2 Überweisung an Ausschuss gegen AfD, FDP + LKR/ULW angenommen

Ziffer 3 gegen CDU, AfD, L&P bei Enth. FW/BLW+ Stv. Oschmann angenommen

0488 18-F-21-0061

Jobticket in Wiesbaden optimieren - Attraktivität steigern und umweltfreundliche Mobilität fördern

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018 -

Stv. Hinnerger begründet den Antrag.

Stv. Diers beantragt zur Geschäftsordnung, den Wortbeitrag von Stv. von Seemen zu rügen (Unrechtsregime der SED) und Stv. von Seemen aufzufordern, sich von dem Redebeitrag zu distanzieren.

Stv. von Seemen distanziert sich von seiner Äußerung, weist aber darauf hin, dass das Zitieren von Honecker keiner Verherrlichung des Regimes der DDR gleichkomme.

Stv. Diers nimmt die Entschuldigung/Distanzierung an.

Stv. Pfeifer meldet sich ebenfalls zur Geschäftsordnung und kritisiert, er habe keine Entschuldigung von Stv. von Seemen gehört. Er finde es unerhört, die Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden als volkseigenen Betrieb zu bezeichnen.

Stv. Preinl beantragt die getrennte Abstimmung von II.

Stv. Hasemann-Trutzel beantragt die getrennte Abstimmung des Antrages.

Oberbürgermeister Gerich teilt mit, dass er der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Sitzung eine Ausführungsvorlage vorlegen wird, die auch Stellung zu den entstehenden Kosten nimmt.

Der Änderungsantrag von LKR/ULW wird gegen die Stimmen von LKR/ULW abgelehnt.

Der Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen wird unverändert wie folgt getrennt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

I. gegen AfD angenommen

II. gegen AfD + LKR/ULW bei Enth. FDP + Stv. Oschmann angenommen

In der Zeit von 19.45 Uhr bis 20.40 Uhr findet eine Pause statt.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

0489 **18-F-11-0009**

Schriftliche Anfrage 66/2018 der Fraktion LKR&ULW vom 28.02.2018 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Hilfe zur Pflege"

Die Schriftliche Anfrage wird nach der Pause aufgerufen, weil sie 2 Mal in den letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung aus Zeitgründen nicht zum Aufruf kam.

Die Angelegenheit hat durch die in der heutigen Sitzung geführten Aussprache ihre Erledigung gefunden.

0490 **18-F-10-0017**

Einrichtung einer Meldestelle für antisemitische Vorfälle in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der AfD-Fraktion vom 31.10.2018 -

Stv. Dimitri Schulz begründet den Antrag.

Nach Aussagen von Stadtverordneten der AfD zu Äußerungen von Gauland und Bouffier („die Phase des sog. „3. Reichs“ sei ein Fliegen-/Vogelschiss in der Weltgeschichte“) und von Stv. D. Schulz, wonach hochrangige Politiker der SPD Antisemiten seien, bittet Stadtverordnetenvorsteherin Gabriel die Vertreter der AfD darum, ihre Aussagen zu überdenken, ihre Beschuldigungen in Richtung der SPD zu unterlassen und um Ruhe und Sachlichkeit bei den Redebeiträgen.

Stv. Ruf erwartet von Stv. D. Schulz eine Entschuldigung in Bezug auf die Äußerungen zu Antisemiten in der SPD.

Stv. Diers beantragt eine Abschrift der gesamten Debatte. Die Bitte um Abschriften wird später auf die Redebeiträge der Vertreter der AfD beschränkt.

Stv. D. Schulz richtet sich an Stv. Diers und spricht von einem Versehen („Fliegen-/Vogelschiss“) und entschuldigt sich bei der SPD-Fraktion.

Stv. Preinl bittet um getrennte Abstimmung des Antrages.

Der Antrag der AfD wird wie folgt getrennt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1 gegen AfD + LKR/ULW abgelehnt

Ziffer 2 gegen AfD abgelehnt

0491 **18-F-24-0003**

Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogene Diskriminierung bekämpfen
-Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP vom 08.11.2018 -

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

bei Enth. AfD angenommen

0492 **18-V-06-0006**

Schulbauliste 2018

Der Empfehlungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses wird wie folgt abgestimmt:

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Wir befürworten grundsätzlich alle Mittel, die in Sanierung, Aus- und Neubauten der Wiesbadener Schulen fließen, halten allerdings die Lösung für fragwürdig. Die beabsichtigten Mietmodelle machen die Vermögens- und Schuldverhältnisse der Stadt zusehends intransparenter und entziehen der Stadtverordnetenversammlung schleichend Entscheidungsflexibilität über die kommunalen Finanzen.

Außerdem kritisieren wir weiterhin das Festhalten an der sogenannten „großen Lösung“, die den Neubau der Hafenschule in Schierstein festschreibt. Hier wird der Wunsch und Wille der Schiersteiner bewusst übergangen.

gegen L&P bei Enth. FDP + LKR/ULW angenommen

0493 **18-V-66-0242**

DIGI-V - Finanzierung

Stv. Forßbohm beantragt, die Abstimmung über die Sitzungsvorlage bis zur Vorlage von Stellungnahmen der Ortsbeiräte zu vertagen.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von L&P und LKR/ULW abgelehnt.

Der Empfehlungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses wird wie folgt abgestimmt:

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Grundsätzlich befürworten wir ein Konzept zur innovativen und intelligenten Steuerung des fließenden Verkehrs, zumal dadurch auch die Stickoxidbelastung in Wiesbaden gesenkt werden soll. Allerdings halten wir Kosten in Höhe von 30 Millionen € für völlig überzogen und nicht gerechtfertigt. Alternativ sollte man die Sanierung, Aus- und Neubau der Wiesbadener Schulen entschiedener als bisher voranzutreiben.

gegen L&P + LKR/ULW angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0494 **18-F-12-0002**

Leichte E-Mobilität fördern und ausbauen - Luftverschmutzung, Lärm und Parkplatznot verringern
- Antrag der Fraktion LKR&ULW vom 07.06.2018 -

Die Fraktion LKR/ULW übernimmt den Änderungsantrag der SPD.

Der ergänzte Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD + Stv. Sobek angenommen

0495 **18-F-50-0001**

Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten
- Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und L&P vom 29.08.2018 -

Der Antrag wird aus Zeitgründen für die Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018 vorgesehen.

0496 **18-F-05-0041**

Verkehrsanbindung nach Frankfurt ausbauen, Lebensqualität verbessern, Pendler entlasten
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.08.2018 -

Der Antrag wird zur weiteren Beratung und endgültigen Abstimmung an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überwiesen.

0497 **18-F-02-0015**

Revisionsprüfung des Eigenbetriebs „mattiaqua“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2018 -

Der Antrag wird zur weiteren Beratung und endgültigen Abstimmung an den Revisionsausschuss überwiesen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

- 0396 14-V-61-0046**
Wohnbauflächenentwicklung - Umsetzung der ermittelten Potenziale
Enth. L&P
- 0397 18-F-02-0004**
Keine Fahrverbote in Wiesbaden: Zeichen setzen - Weichen stellen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2018 -
Unterpunkt 1 gegen L&P
- 0398 18-V-01-0013**
Jahresabschlüsse 2016 für den Beteiligungs-Cluster 2 (Versorgung)
Einstimmig
- 0399 18-V-01-0020**
Projekt AG Struktur; 2. Zwischenbericht der Lenkungsgruppe AG Struktur
Einstimmig
- 0400 18-V-05-0016**
Barrierefreiheit Kransand/Hochkreisel

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

In Anbetracht der errechneten Kosten für Planung und Bau von Aufzug und Stützwand in Höhe von insgesamt 2,7 Millionen € hat die Fraktion Zweifel ob die spätere Nutzung den enormen Kostenaufwand rechtfertigt.

gegen FDP bei Enth. LKR/ULW

- 0401 18-V-05-0017**
Gesellschafts- und Konsortialvertrag CityBahn GmbH
gegen FDP

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0402	18-V-06-0006	umgesetzt auf TO I auf Antrag L&P
	Schulbauliste 2018	
0403	18-V-12-0002	
	Leitlinien für Bürgerbeteiligung - Bericht zur Zwischenevaluierung 2018	
	Einstimmig	
0404	18-V-20-0039	
	Investitionscontrolling 2. Quartal 2018	
	Einstimmig	
0405	18-V-20-0040	
	Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben	
	Einstimmig	
0406	18-V-20-0041	
	Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben	
	Einstimmig	
0407	18-V-20-0042	
	Prüfung der beihilferechtlichen Zulässigkeit der Förderung bei EGW, HSK Pflege und EGW's zukünftiger Tochtergesellschaft Altenhilfe Wiesbaden GmbH durch die Landeshauptstadt Wiesbaden	
	Einstimmig	
0408	18-V-20-0048	
	Bericht Halbjahresergebnis 2018 auf Basis der HMS-Auswertung Stand Juni 2018	
	Enth. L&P	

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0409	18-V-20-0051	<hr/> <p>Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2017</p> <p>Einstimmig</p>
0410	18-V-40-0009	<p>Brückenschule, Bauabschnitt 4 + 5 - Ausführungsvorlage</p> <p>Einstimmig</p>
0411	18-V-41-0019	<p>Kulturentwicklungsplan Wiesbaden; Steuerungsgremium und Verfahren zur Auswahl einer externen Begleitung</p>
<p><u>Protokollerklärung LKR/ULW:</u> Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“. Da wir die Schaffung eines Kulturbeirates ablehnen, der den Steuerzahler 527.000 € kosten wird, lehnen wir auch die Heranziehung einer externen Beratung, die den Steuerzahler weitere 207.000 € kosten wird, ab - und stellen die Frage, wie viele kulturelle Veranstaltungen wir mit diesen Ausgaben direkt fördern könnten!</p> <p>gegen LKR/ULW</p>		
0412	18-V-50-0005	<p>Geflüchtete in Wiesbaden, Bericht zum Personalbedarf GU.plus</p> <p>Einstimmig</p>
0413	18-V-51-0007	<p>Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt Biebrich-Mitte"</p> <p>Einstimmig</p>
0414	18-V-51-0016	<p>Abschluss Sanierung Bergkirche/Budgetumsetzung/Verwendung von Restmitteln für Soziale Stadt Projekte</p> <p>Einstimmig</p>

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0415	18-V-51-0027	<hr/> <p>Wohnungsbauprogramm 2018, Ausführungsvorlage</p> <p>Enth. L&P</p>
0416	18-V-51-0033	<p>Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2017 - 40 Jahre Schulsozialarbeit Wiesbaden</p> <p>Einstimmig</p>
0417	18-V-51-0034	<p>Bericht "Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2017/18"</p> <p>Einstimmig</p>
0418	18-V-51-0036	<p>Auswirkungen der Pflegeunterstützungsverordnung</p> <p>Enth. LKR/ULW</p>
0419	18-V-51-0037	<p>Personalausbau aufgrund des Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften - Artikel 23 Unterhaltsvorschussgesetz</p> <p>Einstimmig</p>
0420	18-V-51-0039	<p>196. Vergleichende Prüfung "Kommunaler Wohnungsbau" (Umsetzung der Empfehlungen aus dem Schlussbericht vom 30.05.2018)</p> <p>Einstimmig</p>
0421	18-V-51-0041	<p>Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2017/2018</p> <p>Einstimmig</p>

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0422 **18-V-51-0043**

Grundsatzvorlage zum Anbau einer Kinderkrippe an die städtische KT Münchener Straße

Protokollerklärung L&P:

Der Ortsbeirat ist bei der Ausführungsvorlage zu beteiligen.

gegen Stv. von Seemen

0423 **18-V-52-0008**

Errichtung einer Outdoor-Fitness-Anlage am Warmen Damm

gegen LKR/ULW

0424 **18-V-52-0016**

Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung 2019

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Die Fraktion begrüßt die einmalige Bezuschussung der Deutschen Tischtennis-Jugendmeisterschaften, hinterfragt jedoch die Notwendigkeit des Sponsorings von Tennis-Turnieren durch die Stadt Wiesbaden.

Enth. LKR/ULW

0425 **18-V-66-0105**

Finanzierung Ankauf von Grundstücken Gleistrasse Erbenheim

Einstimmig

0426 **18-V-66-0202**

Wellritzstraße - Fußgängerzone

Einstimmig

0427 **18-V-66-0210**

Gustav-Stresemann-Ring - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Berliner Straße, Bussteig B

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0428 **18-V-66-0211**

Kirchhohl - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Fondetter Straße A

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0429 **18-V-66-0212**

Auringer Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Fondetter Straße B

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0430 **18-V-66-0213**

Fondetter Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Fondetter Straße C

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0431 18-V-66-0214

Borsigstraße - Benutzerfreundlicher Ausbau der beiden Haltestellen Daimlerring

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0432 18-V-66-0215

Hallgarter Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle - Hallgarter Straße A

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0433 18-V-66-0216

Niedernhausener Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Niedernhausener Straße A (ausw.)

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0434 **18-V-66-0217**

Niedernhausener Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Niedernhausener Straße B (einw.)

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0435 **18-V-66-0218**

Niedernhausener Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestellen Trompeterstraße A und B

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0436 **18-V-66-0219**

Emil-Krag-Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Emil-Krag-Straße

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0437 **18-V-66-0220**

Lilienthalstraße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Emil-Krag-Straße

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0438 **18-V-66-0222**

Hermann-Löns-Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Heinrich-Zille-Straße in Fahrtrichtung stadteinwärts

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0439 **18-V-66-0223**

Hans-Böckler-Straße - Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Karl-Legien-Straße in Fahrtrichtung stadteinwärts

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Der Ausbau aller in den Sitzungsvorlagen genannten Bushaltestellen würde den Steuerzahler 737.000 € kosten. Zieht man als Beispiel den geplanten Ausbau der beiden Haltestellen „Daimlerring“ in der Borsigstraße heran (TO II, TOP 36), erscheint das Vorhaben in seiner Gänze fragwürdig: 125.000 € in zwei Haltestellen zu investieren, die gerade einmal von einer Linie befahren werden und deren

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

Fahrgastaufkommen als unterdurchschnittlich zu erachten ist, lässt die Fraktion an der Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens zweifeln.

Enth. LKR/ULW

0440 **18-V-66-0228**

Richard-Wagner-Straße - Einrichtung eines Fahrbahnteilers

Einstimmig

0441 **18-V-66-0229**

Wilhelm-Dietz-Straße, Gehwegausbau

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Die Kosten von 185.000 € erscheinen uns zu hoch und angesichts der finanziellen Situation der Stadt für auch nicht vertretbar.

Enth. LKR/ULW

0442 **18-V-66-0233**

Hasengartenstraße - Fußgängerüberquerung an der Hohenstaufenstraße

Einstimmig

0443 **18-V-66-0234**

Steinberger Straße - Erweiterung Tempo-30-Zone

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“. Auch hier erscheinen uns die Kosten zu hoch. Begründung, siehe PN zu TO II, TOP 46.

Enth. LKR/ULW

0444 **18-V-66-0242**

umgesetzt auf TO I auf Antrag L&P

DIGI-V - Finanzierung

0445 **18-V-67-0009**

Kulturpark - Genehmigung weiterer Teilmaßnahmen und Freigabe des Budgets

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Auch hier stellt sich die Frage, ob die Stadt sich den Luxus eines Kulturparks mit einem erforderlichen Budget in Höhe von insgesamt 986.539 € wirklich leisten muß. Von „können“ kann angesichts maroder Schulen und hoher kommunaler Schulden jedenfalls keine Rede sein. Dementsprechend entschieden lehnen wir das Vorhaben ab.

gegen LKR/ULW bei Enth. Stv. Lüderitz

0446 18-V-80-8005

Fortsetzung Projekt "Jobnavi - was willst Du werden?"

gegen LKR/ULW, Unterpunkt 2 gegen L&P

0447 18-V-80-8006

City Manager/-in im Amt für Wirtschaft und Liegenschaften - Wirtschaftsförderung

gegen LKR/ULW

0448 18-V-80-8007

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam" - Verlängerung 2019 - 2021

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Arbeitsmarktprojekte werden von uns prinzipiell befürwortet. Es müssen jedoch angesichts der knappen kommunalen Kassen Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Einem Projekt, das die Kommune 453.248 € kosten wird und dessen Erfolgchance wir für zu gering erachten, können wir unsere Zustimmung nicht erteilen.

gegen LKR/ULW bei Enth. L&P angenommen

0449 18-V-80-8008

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Helferinnen und Helfer an Schulen" - Verlängerung 2019 bis 2020

gegen LKR/ULW bei Enth. L&P angenommen

0450 18-V-86-0004

Halle 3 im Freizeitbad Mainzer Straße - Sachstand und weiteres Vorgehen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Ja“.

Wir stimmen der dauerhaften Schließung und Abtrennung der Halle 3 zu, da eine Sanierung aus wirtschaftlichen Gründen nicht ratsam erscheint. Das Beispiel belegt traurig die hohen Folgekosten einer Politik, die über viele Jahre Schwimmbäder und Schulen verfallen läßt.

Enth. Stv. Bohrer + Coigné

Tagesordnung III

- 0451 18-A-02-0007**
Auflösung des Ständigen Wahlvorbereitungsausschusses
Einstimmig
- 0452 18-V-01-3002**
Änderung der "Ordnung über Ehrungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Ehrungsordnung)"; Einführung der Ehrung "Wiesbadener Lilie"
Einstimmig
- 0453 18-V-02-0004**
Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
Einstimmig
- 0454 18-V-30-0019**
Erhöhung der Entschädigung für Schiedspersonen
Einstimmig
- 0455 18-V-30-0020**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsamtsbezirke Mainz-Kastel/Amöneburg
Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0456 **18-V-36-0026**

Einrichtung eines Klimaschutzbeirats

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Es gibt ein Umweltamt, es gibt ein Dezernat, es gibt eine Umwelt-Partei. Einem weiteren bürokratischen Gremium der Räterepublik Wiesbaden erteilen wir eine klare Absage

gegen AfD + LKR/ULW bei Enth. FW/BLW angenommen

0457 **18-V-52-0014**

Zuschüsse für die Integrationsarbeit in den Sportvereinen; Außerkraftsetzung der Richtlinien ab 01.01.2019

Einstimmig

0458 **18-V-61-0022**

Wohnbauflächenentwicklung - Bebauungsplan "Am Heiligenhaus/Nordenstadter Straße" im Ortsbezirk Igstadt - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

Enth. L&P

0459 **18-V-61-0026**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "An der Kantstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

Einstimmig

0460 **18-V-61-0028**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "LindeQuartier" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim - Entwurfsbeschluss -

Enth. L&P

0461 **18-V-61-0030**

Wohnbauflächenentwicklung - Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Waldviertel- Westlich der Greifstraße“ im Ortsbezirk Dotzheim - Feststellungsbeschluss -

Enth. Stv. Bohrer + Coigné

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0462 **18-V-61-0031**

Wohnbauflächenentwicklung - Bebauungsplan "Waldviertel - Westlich der Greifstraße" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

Enth. Stv. Bohrer + Coigné

0463 **18-V-61-0037**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Freizeitbad - Sportpark Rheinhöhe" im Ortsbezirk Biebrich - Änderungsbeschluss -

Einstimmig

0464 **18-V-61-0038**

Bebauungsplan "Freizeitbad - Sportpark Rheinhöhe" im Ortsbezirk Biebrich - Aufstellungsbeschluss -

Einstimmig

Tagesordnung IV

0465 **18-V-07-0005**

Umsetzung der Beschlüsse des Aufsichtsrates der WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt

Unterpunkt 2 gegen L&P

0466 **18-V-20-0045**

Auswahl eines Partners und Anlagekonzept zur Auflegung eines Pensionsfonds in Form eines Spezialfonds

gegen L&P

0467 **18-V-20-0046**

Interne Anlagerichtlinie im Kontext des neuen Landeserlasses „Hinweise zu kommunalen Geldanlagen“

gegen L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0468 18-V-20-0047

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2018

Einstimmig

0469 18-V-20-0050

Übernahme von drei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH

Einstimmig

0470 18-V-36-0028

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.08.2018

Einstimmig

0471 18-V-80-2326

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Abraham-Lincoln-Park

Protokollerklärung L&P:

Die Fraktion lehnt angesichts des dringenden Bedarfs an städtischen Flächen für eigene städtische Nutzung den Verkauf dieser Liegenschaften ab. Im Übrigen kritisiert die Fraktion, dass der Ortsbeirat nicht beteiligt worden ist.

gegen L&P

0472 18-V-80-2327

Verzeichnis der vom 1. April 2018 bis 30. Juni 2018 genehmigten Grundstücksgeschäfte

Einstimmig

0473 18-V-80-2329

Verkauf eines Baugrundstückes

gegen L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

- | | | |
|------|--------------|--|
| 0474 | 18-V-80-2330 | Grundstücksverkauf Adolfsberg - Anpassung Bauverpflichtung an städtebaulichen Vertrag
Enth. L&P + LKR/ULW |
| 0475 | 18-V-80-2332 | Ermächtigung des Magistrats zur Entscheidung über ein Grundstücksgeschäft in einem Einzelfall
Einstimmig |
| 0476 | 18-F-52-0001 | Ermächtigung des Magistrats zur Entscheidung über ein Grundstücksgeschäft
-Antrag CDU und Linke&Piraten vom 08.11.2018-
Einstimmig |

Anlagen

Wiesbaden, .11.2018

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin

Gabriel

Koba